LTWP-12 12. Gesicherte Freiheit – Handlungsfähiger Rechtsstaat

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	17.09.2020
Tagesordnungspunkt:	0. Kapitel 12 Freiheit – Recht – Sicherheit

Text

Wir GRÜNE sind eine Partei für Menschen- und Bürgerrechte. Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Versammlungsfreiheit oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau sind für uns hohe Güter und Maßstab unserer Politik. Öffentliche Sicherheit trägt dazu bei, dass wir diese Rechte durchsetzen können und sich jede*r frei entfalten kann. Ohne Sorge vor Kriminalität, Anfeindung oder Gewalt zu sein, ist ein großes Stück Freiheit. Deshalb wollen wir einen modernen, handlungsfähigen und zugleich freiheitlichen Rechtsstaat. Dazu gehört Vertrauen in die staatlichen Institutionen.

Wir wollen, dass alle Menschen gleich vom Staat behandelt werden, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder ihrem Bildungsgrad. Um dies zu erreichen, wollen wir die sicherheitspolitischen Strukturen in Rheinland-Pfalz und die Rechte der Menschen gegenüber dem Staat stärken. Dazu zählt für uns auch eine bürgernahe Polizei. Mit der Online-Wache der Polizei haben wir bereits einen einfach zugänglichen Service auf den Weg gebracht, der es ermöglicht, digital Strafanzeige von zuhause aus zu erstatten statt auf einer Polizeidienststelle. Vertrauen kann nur gestärkt werden, wenn auch Transparenz gegeben ist. Daher haben wir den Verfassungsschutz umfassend reformiert, seine Aufgaben transparent und effizient geregelt sowie die Kontrolle durch das Parlament massiv ausgeweitet.

Wir wollen das Vertrauen in die Öffentliche Sicherheit auch durch eine faktenbasierte Innenpolitik steigern, zum Beispiel mit Hilfe eines periodischen Sicherheitsberichts. Denn alle Maßnahmen müssen sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und für die Bürger*innen durch relevante Informationen auch nachvollziehbar sein.

Polizei: Bürgernah, transparent und gut ausgestattet

Ein elementarer Bestandteil der Sicherheitsstruktur in unserem Land ist die Polizei. Sie steht vor komplexen Herausforderungen. Daher wollen wir das Polizeipersonal nachhaltig aufstocken. Polizist*innen brauchen Entlastung, Tarifangestellte Perspektiven. Mehr Arbeit muss auf mehr Schultern verteilt werden. Deswegen fordern wir eine Mindeststärke an Polizeibeamt*innen für Rheinland-Pfalz. Dafür ist eine wissenschaftlich fundierte langfristige Gesamtpersonalplanung nötig. Handlungsbedarf sehen wir sowohl bei der Einsatzverpflegung als auch bei der technischen Ausstattung. Auch braucht die Polizei genügend personelle Ressourcen. Nicht selten ist der Erfolg der Polizeiarbeit abhängig von der Häufigkeit und Intensität der Kontrollen.

Wir GRÜNE setzen auf eine nahbare Bürgerpolizei. Dafür wollen wir das Stellenprofil der Bezirksbeamt*innen ausbauen. Ein guter Draht zur Bevölkerung und vernetzte Akteur*innen im Sicherheitsbereich sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Polizeiarbeit. Deswegen wollen wir die Kriminalpräventiven Räte

stärken, in denen Vertreter*innen der Kommunen, Ehrenamtliche und Polizei zusammenkommen.

Soziale Kompetenzen und Transparenz

Rheinland-Pfalz ist das erste Bundesland mit einer demokratisch gewählten unabhängigen Beauftragt*en für die Landespolizei. Bürger*innen und Polizist*innen können sich an sie wenden, wenn sie Kritik oder Anregungen loswerden wollen. Damit haben wir Transparenz und eine offene Fehlerkultur institutionalisiert. Für ein gutes Miteinander soll der*die Beauftragte für die Landespolizei noch stärker als Mediator*in wirken. Insbesondere, wenn kritische Demonstrationen bevorstehen, brauchen wir proaktives Handeln, das der*die Landesbeauftragte* leisten könnte. In diesem Zusammenhang wollen wir GRÜNE prüfen, ob Rheinland-Pfalz ein eigenes Versammlungsgesetz braucht.

Die Polizei muss gut ausgebildet und motiviert sein. Bei der Aus- und Fortbildung muss der Fokus auf interkulturellen Kompetenzen und Diversität liegen, ebenso auf Demokratiebildung, um rechten Tendenzen bei den Sicherheitsbehörden vorzubeugen. Die Kommission Innere Führung beschäftigt sich mit den internen Abläufen und der Führungsverantwortung in der Polizei. Damit sie handlungssicher in allen Situationen ist, wollen wir das Thema Deeskalationsstrategien stärker verankern.

Polizei als gute Arbeitgeberin

Die Frauenförderung in der Polizei hat für uns besondere Priorität. Wir brauchen mehr wissenschaftliche Forschung zum Aufstieg beziehungsweise Nicht-Aufstieg von Frauen bei der Polizei. Auf Basis dieser Fakten wollen wir die Förderung von Frauen verstärken. Dabei soll Führen in Teilzeit keine Ausnahme mehr sein, sondern gelebte Realität.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Polizeiberuf deutlich stärken. Die Polizeiarbeit zeichnet sich durch lange Arbeitszeiten, unvorhersehbare Einsätze, die Arbeit im Wechselschichtdienst und langen Fahrtstrecken in der Aus- und Fortbildung aus. Wir streben den mobilen Arbeitsplatz an, damit die Sacharbeit nach einem Polizeieinsatz auch von zu Hause erledigt werden kann. Ebenso unterstützten wir flexible Modelle der Kinderbetreuung für Dienststellen.

Wir GRÜNE kümmern uns auch um die psychische und physische Gesundheit der Polizei. Dies tun wir nicht nur, um die staatliche Fürsorgepflicht zu erfüllen, sondern auch, damit in hitzigen Situationen ein kühler Kopf bewahrt werden kann. Zudem bringt der Polizeiberuf viel Vergeblichkeitserfahrung mit sich. Damit und anderen schlimmen Erlebnissen wollen wir Polizist*innen nicht allein lassen und bauen deshalb auf eine proaktive Supervision. Es muss in regelmäßigen Abständen Gespräche geben. Auch die – wegen des Projekts Gesünder arbeiten in der Polizei (GAP) – geänderten Wechselschichtdienstmodelle wollen wir optimieren.

Kriminalität wissenschaftlich bei der Wurzel packen

Wir GRÜNE stehen für eine faktenbasierte Sicherheitspolitik. Durch gesicherte Informationen zur Kriminalität wollen wir Falschbehauptungen und rechten Parolen den Nährboden entziehen. Ein gesetzlich verankerter Periodischer Sicherheitsbericht könnte konkrete Hinweise geben, wo genau wir hinschauen und anpacken müssen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet durch ihre Beschränkung auf das Anzeigeverhalten immer nur einen Trend ab, ein periodischer

Sicherheitsbericht könnte die Kriminalitätslage umfassender darstellen. Verortet werden könnte er bei der Hochschule der Polizei, dadurch würde diese auch als Wissenschaftsstandort gestärkt.

Bürgerrechte und Prävention

Die Polizei in Rheinland-Pfalz soll handlungsfähig bleiben. Dafür braucht sie effektive Befugnisse. Wir GRÜNE achten stets auf Bürgerrechte und Verhältnismäßigkeit bei den Eingriffsbefugnissen der Polizei. Die Onlinedurchsuchung wird kaum genutzt, weil die rechtlichen Voraussetzungen nicht einhaltbar sind. Wir wollen diese Regelung daher streichen. Rechtlich kritisch sehen wir auch die Vorratsdatenspeicherung und den Einsatz der Bodycam in Wohnungen, weil damit ein massiver Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung verbunden ist. Zudem positionieren wir uns gegen die biometrische Gesichtserkennung und die massive Ausweitung der Videoüberwachung.

Gewalt lehnen wir entschieden ab. Wir halten an unserem Grundsatz fest: Prävention ist besser als Repression. Deswegen unterstützen wir präventive Täterarbeit, Gewaltpräventionsprogramme, das Erlernen gewaltfreier Kommunikation und die Arbeit der Leitstellen Kriminalprävention. Zudem soll ein bewusster Umgang mit Opfern bei der Aufarbeitung helfen. Dabei haben wir insbesondere die Opfer von Gewalt in engen sozialen Beziehungen und sexualisierter Gewalt im Auge. Das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) sowie das High Risk Management bei Fällen von häuslicher Gewalt bringen alle Verantwortlichen an einen Tisch. Polizei, Gerichte, Jugendämter, Frauenhäuser und Täterarbeitseinrichtungen kooperieren eng miteinander, um häusliche Gewalt frühzeitig zu erkennen, rechtzeitig zu verhindern und Opfern zu helfen. Die bestehenden Angebote wollen wir um eine Anlaufstelle für von Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffene Männer ergänzen.

Ein effektiver polizeilicher Informationsaustausch mit Kolleg*innen aus anderen Bundesländern ist genauso wichtig wie ein internationaler Austausch zwischen Strafverfolgungsbehörden. Wir GRÜNE unterstützen die Schaffung notwendiger Strukturen und setzen dabei auf Datensparsamkeit und Transparenz. Datenabfragen müssen verfolgbar sein, um Missbrauch zu verhindern. Datenschutz ist kein Stein, der in den Weg einer erfolgreichen Gefahrenabwehr gelegt wird, sondern eine grundrechtssichernde Voraussetzung, die eine Gefahrenabwehr erst ermöglicht. Die Aufbereitung, Auswertung und Analyse von Daten aus polizeilichen Systemen kann den Polizist*innen wichtige und notwendige Erkenntnisse liefern, um auf zielgerichtete Maßnahmen und genaue Lagebeurteilungen vorzunehmen. Wie in allen polizeilichen Bereichen müssen auch hier die Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und Transparenz gelten. Grundlegende Bürger*innenrechte und der Schutz der Privatsphäre müssen gewahrt werden und dürfen nicht leichtfertig eingeschränkt werden. Unter dem Aspekt der digitalen Souveränität sollen Sicherheitsbehörden Analysesoftware zukünftig selbst mitentwickeln und mit europäischen Anbietern zusammenarbeiten.

Sportliche Großveranstaltungen müssen sicher sein. Das ist für uns GRÜNE klar. Dafür muss die bisherige Praxis der Datenerhebung „Szenekundiger Polizeibeamter“ (SKB-Dateien) auf den Prüfstand, um mehr Transparenz, Datenschutz und Wirksamkeit zu erreichen. Betroffene der Datenspeicherung sollen bei einer Eintragung benachrichtigt werden, damit sie Rechtschutz geltend machen können.

Eine Benachrichtigungspflicht entfaltet gleichzeitig präventive Wirkung für mehr Sicherheitim Stadion. Die Datei „Gewalttäter-Sport“ ist hingegen unpräzise. Wir wollen diese unnütze Verbunddatei abschaffen.

Für die Abwehr von Gefahren ist auch der Kommunale Vollzugsdienst zuständig. Wir wollen die Ausbildung reformieren, denn zurzeit umfasst sie lediglich zehn Wochen. Eine nachhaltigere Wissensvermittlung kann einen besseren Schutz für die öffentliche Sicherheit in den Kommunen garantieren. Gleichzeitig sollen der Kommunale Vollzugsdienst und die Polizei weiter eigenständige, unterscheidbare Instanzen bleiben. Eine Aufrüstung des Kommunalen Vollzugsdienstes mit Distanz-Elektroimpulsgeräten lehnen wir ab.

Verfassung schützen

Feinden unserer demokratischen Grundordnung sagen wir weiter den Kampf an. Dazu gehört eine intensive Präventionsarbeit, beispielsweise gegen islamistischen und rechten Terror. Die Sicherheitsbehörden in unserem Land müssen eng mit Bund und Ländern zusammenarbeiten. Wir wollen die bestehenden Präventionsangebote gegen Demokratiefeindlichkeit erhalten, dazu gehören Programme zur Deradikalisierung junger Menschen, Beratung von Angehörigen, Bildungseinrichtungen und Ausstiegshilfen. Es darf erst gar nicht zu einer Radikalisierung kommen.

Der Verfassungsschutz ist ebenfalls Teil der Sicherheitsstruktur in Rheinland-Pfalz. Als Frühwarnsystem dient er dem Schutz unserer Werte wie Freiheit, Gleichheit, Vielfalt und Toleranz. Wir haben den Landesverfassungsschutz umfassend reformiert und die parlamentarische Kontrolle massiv ausgeweitet. Die Befugnisse des Verfassungsschutzes haben wir transparent geregelt und angepasst. Wir werden die Umsetzung des neuen Landesverfassungsschutzgesetzes kritisch begleiten.

Justiz zeitgemäß weiterentwickeln

Eine wesentliche Säule unseres freiheitlichen Rechtsstaats ist die Justiz. An den Gerichten haben wir neue Stellen geschaffen und die eAkte eingeführt. Mehr Rechtspfleger*innen und Justizwachtmeister*innen sollen die Funktionsfähigkeit der Gerichte und die Sicherheit in den Gerichtsgebäuden gewährleisten. Neue Kriminalitätsbereiche erfordern eine angemessene Zahl an Richter*innen, Staatsanwält*innen und Rechtspfleger*innen. Bei der Aus- und Fortbildung wollen wir unserer Justiz immer wieder aktualisierte Erkenntnisse über eine effektive Strafverfolgung und Ahndung vermitteln. Bereiche wie Cybercrime erfordern ein ständiges Update der vorhandenen Kenntnisse.

Für einen humanen Strafvollzug

Wir GRÜNE stehen für einen humanen und auf Resozialisierung ausgelegten Strafvollzug, in dem Menschen befähigt werden, ein straffreies Leben in sozialer Verantwortung zu leben. Durch eine frühzeitige Unterbringung im offenen Vollzug können soziale Beziehungen und der Arbeitsplatz erhalten bleiben. Damit das gelingt, wollen wir GRÜNE die Kapazitäten im offenen Vollzug ausbauen. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf das Übergangsmanagement. Nach abgesessener Strafe soll der Start in die Freiheit möglichst reibungslos verlaufen, um Rückfälle zu vermeiden. Durch engmaschige Betreuungsangebote vor, nach und während der Haftzeit kann der Übergang verbessert werden. Den Justizvollzug wollen wir durch mehr Personal entlasten und Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden. Im Bereich der Jugendkriminalität verfolgen wir einen pädagogischen Ansatz. Wir

wollen die Häuser desJugendrechts in den Regionen stärken und ausbauen. Dort sitzen Polizei, Justiz und soziale Träger an einem Tisch, um delinquente Jugendlichen zu unterstützen.

Feuerwehr und Hilfsorganisationen stärken

Für die Sicherheit in unserem Land sorgt auch die haupt- und ehrenamtliche Feuerwehr. Ihre Angehörigen bilden das Rückgrat des Brand- und Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz. Weit über die Hälfte der Feuerwehrkräfte sind ehrenamtliche Aktive. Ihr Engagement wollen wir GRÜNE weiterhin fördern, um eine effektive Gefahrenabwehr zu garantieren. Insbesondere wollen wir Nachwuchs gewinnen, damit die Feuerwehr auch in Zukunft gut aufgestellt ist. Neben der Feuerwehr sorgen der hochkompetent aufgestellte Rettungsdienst und die Hilfsorganisationen für die öffentliche Sicherheit in Rheinland-Pfalz. Wir müssen attraktive Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche und Nachwuchskräfte bieten. Da sie einen Teil der staatlichen Daseinsfürsorge leisten, können sie auf eine Unterstützung durch uns GRÜNE zählen.